Nr. 168 **erscheint monatlich** **1. April 2009**

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

"Wer *[grundsätzlich]* gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird."
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

Sensationell — jetzt ist es raus!

Volksbank wird Markthalle! Marktplatz wird überdacht!

Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht. Der Ehinger Gemeinderat hat auf Initiative der SPD geheim getagt und die

Sensation beschlossen. Mit dieser Idee, so die beiden Fraktionsvorsitzenden Peter Groß (CDU) und Georg Mangold (SPD) in einer gemeinsamen Erklärung, werden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

● Der Wochenmarkt, im Sommer heiß, im Winter kalt, bei Regen nass und windig, wird in die bisherige Schalterhalle der Volksbank verlegt. Er kann so täglich von 7.00 bis 13.30 geöffnet sein. Man kennt das zum Beispiel aus Frankreich, wo jedes Kleinstädtchen seine ganzjährig täglich betriebene Markthalle hat. Und - siehe da - auch Reutlingen macht es ähnlich:

weiter auf Seite 3 ➔➔➔

Was gibt's diesmal?

2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
3 Kontakte
4 SPD-Berichte aus Berlin
5 Hilde: Bedanke mich herzlich
6 Warum muss der Staat das Bankensystem stabilisieren?
7 Der Kunde ist der Depp
Protokoll JHV Jusos Alb-Donau
8 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
9 (L)eserpost
10 Damals im April
12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
13 Lohnt sich ein Dorflädele in Mundingen?
14 Es stand vor 10 Jahren … (A)bgestimmt - wie?
15 "August Bebel" (von Emil Lehle)
16 (R)umgefragt
20 Nichts gelernt aus dem Fall Bosch
21 Protokoll & Einladung 60plus
22 Antrag SPD-GR-Fraktion
23 Der Rote Seehas zum 75. Mal
25 OV schreibt Parteigeschichte
26 DDR-Reisetagebuch
27 Blick über den Zaun
28 Termine, Hinweise u. a.

Adress-Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung

Liebe Leserinnen und Leser!

Als Presse zugelassen

Der Aufruf im letzten Roten Füchsle an unsere SPD-Landesoberen, doch bei künftigen Parteitagen auch als Pressevertretung zugelassen und willkommen zu sein, fand in der Leserschaft Unterstützung, teils deutlich formuliert. Wahrscheinlich ändert sich diesbezüglich etwas — es war ja kein böser Wille. Siehe (L)eserpost, S. 9

Gescholten

Zur ersten Denkaufgabe bei (R)umgefragt wurde ich diesmal von einigen (etwas) gescholten. Die Fragestellung ziele wohl, und dann zu Unrecht, auf einen Vergleich mit bösen Zeiten ab. Ich gestehe, etwas zerknirscht, dass das von mir eigentlich schon so gewollt war, aber doch vielleicht hätte anders formuliert sein können.

> Der europäische Gedanke ist mir so wichtig, dass ich bei allem, was mir "nationalstaatlich" klingt, empfindlich reagiere ...

Einladung

In einem Mail hat die Füchsleredaktion die Mitglieder des SPD-Landesvorstands freundlich eingeladen, gelegentlich zu erkennen zu geben, dass man unser Blatt erhalte und - wenigstens auszugsweise - auch zur Kenntnis nehme. Erste freundliche Reaktionen darauf finden sich auch unter (L)eserpost.

Exklusivbeitrag

Claus Schmiedel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, hat zusammen mit seinem Mitarbeiter Martin Mendler extra für unser Rotes Füchsle einen Beitrag zur Bankenkrise geschrieben, weil dies Thema von (R)umgefragt im März-Füchsle war. Wir danken Claus Schmiedel und Martin Mendler herzlich für ihren Beitrag und die damit verbundene Anerkennung unserer Arbeit.

Jung an Jahren und Geist

Die Jusos informieren über ihre Jahreshauptversammlung. Bei den Senioren von 60 Plus hielt unser Füchsles-Leser seit der ersten Stunde, Emil Lehle, Blaustein, einen Vortrag über August Bebel. Über beides berichten wir in dieser Ausgabe. ■

Ludwig Dorner

„Rund" oder „höher": Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund" = durch 5 teilbar, „höher" = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund" = durch 5 teilbar, „höher" = ab 30 Jahre

Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
12.	4.	Georg Schreiber	60	1989	Ulrich Klauser	20

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: **'s Rote Füchsle** wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder: Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt**. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: **'s Rote Füchsle**, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

■■■ Fortsetzung von Seite 1 — Marktplatz

Markthalle Reutlingen

Gemüse und Obst
Fischspezialitäten
Biomarkt
Feinkosttheke
Honigspezialitäten
Metzgerei
Restaurant
Bäckerei
Nudeln und Pasta
Espressobar
Optik und Hörakustik

www.markthalle-reutlingen.de ■

● Endlich gibt es gute und frische Lebensmittel mitten in der Stadt, sobald die Volksbank umgezogen sein wird. — "Dann kann uns grad wurscht sein, was mit dem Preisfuxareal geschieht", so Peter Groß und Georg Mangold in seltener Eintracht. Und man muss dem Ehinger OB auch nicht mehr böse sein, weil er bisher mehrfach einen Lebensmittelmarkt auf dem Ex-Preisfuxgelände versprochen hatte. Das begreifen sogar die Klippschüler.

Marktplatz wird überdacht

● Sensationell: Der Marktplatz wird komplett überdacht. Ähnlich wie im Blautalcenter in Ulm soll die Decke fast völlig transparent gehalten werden, so dass mediterranes Piazza-Feeling aufkommt. Alle Veranstaltungen, und künftig wohl noch einige mehr, können bald bei jeder Witterung auf dem Marktplatz abgehalten werden. Freilichtkino, Konzerte, Kirbe, Floh- und Weihnachtsmarkt, alle Jahrmärkte, Freisitzcafés — alles kann witterungsgeschützt stattfinden.

● Ehingen - liebenswert und lobenswert. Der Slogan gewinnt künftig deutlich an Überzeugungskraft. Radtouristen werden künftig nicht bei jedem Regenspritzer weiterflüchten, sondern ihr Rad (im Trockenen!) abstellen und einkehren und in der neuen Markthalle einkaufen. Und das wird sich bald im Ländle herumsprechen.

● Von den vielen Milliarden an Konjunkturspritzen, der Bankenkrise sei Dank, fällt für Ehingen doch ein schöner Brocken ab. "Für den Umbau des Vobagebäudes und die Überdachung des Marktplatzes steht so der größte Teil der nötigen Gelder zur Verfügung, ohne das Stadtsäckel zu sehr zu belasten," verriet Finanzbürgermeister Alexander Baumann dem Roten Füchsle.

● "Und die Konjunktur wird zudem angekurbelt", sagt Georg Mangold. Kreativ, wie er ist, denkt er sogar laut darüber nach, ob man zur Marktplatzüberdachung nicht auf das Ehinger Liebherrwerk zugehen könne: Dort habe man mit überdimensionalen Hightech-Sonnenschirmen doch bereits jahrelang Erfahrung gesammelt. "Das käme Ehingen gleich doppelt zugute", sagt Peter Groß zu Georg Mangolds Idee, "denn Liebherr ist hier, und es sind unsere Arbeitsplätze, und das Geld für die Überdachung bleibt praktisch hier im Städtle." Auch bei Wartung und Reparaturen wären die Fachleute vor Ort. Und wenn dann wirklich mal die Sonne scheint und Natur pur angesagt wäre, ja, dann klappt man den Liebherrschirm halt zusammen, und wenn ein Gewitter kommt, grad so schnell auch wieder auseinander. "Was in Mekka geht, muss auch in Ehingen möglich sein", freut sich Servet Sönmez, Sprecher des Ehinger türkisch-islamischen Kulturvereins.

● Eckhard Werner von der Firma Omnibus-Bayer stand der Idee einer Marktplatzüberdachung zunächst skeptisch gegenüber. Als sich dann aber alsbald herausstellte, dass der Omnibuslinienverkehr dadurch nicht behindert würde, fand er Gefallen daran: "Das hat Charme", meinte er. "Dann haben die Leute an der Bushaltestelle Marktplatz sogar ein trockenes Sitzbänkle, bis der Bus kommt."

● Die Volksbank will bekanntlich eine Filiale im bisherigen Gebäude belassen. "Das fügt sich gut", meint Vorstand Hans-Peter Hirling. "Die geplante Martkhalle bringt zahlreiche Besucher ins Haus. Das wird sich auch für unsere Filiale gewiss positiv auswirken."

● Na dann ... ■

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-5 39 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner; ankner-blaustein@ t-online.de

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42), Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau): EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu Büroleiter Wim Buesink ■

SPD-Berichte aus BERLIN

Hilde Mattheis MdB informiert und dankt

Mist gebaut?

Liebe Genossinnen
und Genossen,

sicherlich seid ihr auf den Protest der Ärztinnen und Ärzte zur Honorarreform aufmerksam geworden. In vielen Wartezimmern hängen Plakate und Patientinnen und Patienten werden aufgefordert, vorbereitete Protestnoten an ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu schicken. Vielleicht seid auch ihr selber schon als SPD-Mitglieder gefragt worden, was die Regierung hier wieder für einen "Mist" gebaut habe. Dazu möchte ich folgendes feststellen:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Honorarreform, die am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, wurden in enger Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) entwickelt und entsprechen langjährigen Forderungen der Ärzteschaft. Die bisherigen Budgets wurden durch eine Gebührenordnung mit festen Preisen in Euro ersetzt und das Honorarvolumen wurde insgesamt aufgestockt. Aus Sicht der Ärzte verbessert sich so die Kalkulierbarkeit ihres Honorars.

17 500 Euro Plus

Vereinbart wurde, dass die Ärzte ab dem Jahr 2009 mehr Leistungen zu höheren Preisen abrechnen können. Insgesamt wurden 2,75 Milliarden Euro mehr Honorar für Ärzte bereitgestellt. Das heißt, dass rein rechnerisch jede der rund 137 000 Arztpraxen ein jährliches Plus von etwa 17 500 Euro verzeichnen müsste. Ich frage an der Stelle: welche andere Berufsgruppe kann dies für sich verbuchen?

Selbstverwaltung der Ärzte, nicht die Politik

Die Details der Umsetzung der Euro-Gebührenordnung obliegen jedoch der Selbstverwaltung, die aus Vertretern von Ärzten und Krankenkassen besteht. Auf Bundesebene ist das der Bewertungsausschuss, in dem die KBV und der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung vertreten sind. Die vom Bewertungsausschuss festgelegten Honorare müssen auf regionaler Ebene von den 17 Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und den regionalen Vertragspartnern flächendeckend umgesetzt werden. Die direkte Zuweisung an die einzelnen Arztpraxen obliegt dann der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Die Bundespolitik hat hierauf keinen Einfluss. Außerdem obliegt die ggf. notwendige Überprüfung der Rechtmäßigkeit dem jeweiligen Landesministerium für Gesundheit und Soziales als zuständiger Aufsichtsbehörde.

Konflikt dort austragen, wo er entstanden ist

Ich habe vollstes Verständnis für die Empörung der niedergelassenen Ärzte, die seit Inkrafttreten der Honorarreform Einnahmeinbußen hinnehmen müssen und nun um die Existenz ihrer Praxen fürchten. Ich habe jedoch keinerlei Verständnis dafür, dass Patientinnen und Patienten nun gegen die Politik aufgestachelt werden. Die protestierenden Ärztinnen und Ärzte habe ich daher aufgefordert, ihren Konflikt dort auszutragen, wo er entstanden ist: in der Selbstverwaltung und mit der Kassenärztlichen Vereinigung.

Der Eindruck, dass Ärztinnen und Ärzte hilflos der Politik ausgeliefert sind, ist

→→→

falsch. Innerhalb der Selbstverwaltung gibt es noch Spielräume, die Schlechterstellung einzelner Ärztegruppen zu korrigieren. Die KBV hat angekündigt, im zuständigen Bewertungsausschuss Vorschläge einzubringen, die darauf abzielen, die finanzielle Situation einzelner Praxen besser zu berücksichtigen und ungerechtfertigte Honorargewinne und Honorarminderungen auszuschließen. Damit soll verhindert werden, dass ganze Arztgruppen, wie Psychiater, Augenärzte oder Orthopäden, schlechter gestellt werden. Viele KVen werden außerdem von der Konvergenzklausel Gebrauch machen, die auf Landesebene Honorarverluste bis zum Ende des Jahres 2010 begrenzen können.

Mit den Ängsten gespielt

Die gesamte Diskussion über die Honorarreform ist so aufgeladen, weil mit den Ängsten der Menschen gespielt wird, trotz steigender Krankenkassenabgaben bald nicht mehr richtig versorgt zu werden.

Ich hoffe, ich konnte mit diesem Beitrag zur Versachlichung der Diskussion beitragen und darstellen, dass die Politik nicht immer an allem Schuld ist. ■

Exklusiv für 's Rote Füchsle: "Bedanke mich herzlich!"

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bedanke mich ganz herzlich für eure vielen, lieben Glückwünsche zu meiner Wahl auf den fünften Platz der Landesliste *(siehe auch 's Rote Füchsle vom März 2009 - Red.)*. Der Weg dorthin war recht steinig, aber umso mehr freut es mich, dass ich nun gestärkt und mit gehörig Rückenwind in den Wahlkampf und die politische Arbeit hier vor Ort gehen kann.

Das Superwahljahr 2009 muss der Beginn einer neuen Zeitrechnung sein. Der Wallstreet-Kapitalismus ist ökonomisch und vor allem moralisch gescheitert. In der Krise ist klar geworden: Der Marktradikalismus ist ein Denkmodell von gestern. Die Konservativen und Wirtschaftsliberalen bleiben bei diesem Modell von gestern stehen. Sie wollen nur Krisenmanagement machen, aber keine Konsequenzen aus der Krise ziehen. Wir, die SPD reden nicht nur, wir handeln.

Für die nächste Legislaturperiode habe ich daher einen klaren Auftrag: Armut bekämpfen, Bildungs- und Aufstiegschancen garantieren und Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Ich möchte mithelfen, dass wir diesen Auftrag erfüllen.

Ulm und der Alb-Donau-Kreis sind zu schön, um so schwarz zu sein. Um hier mehr Rot ins Spiel zu bringen, plane ich mit euch zusammen Themen aufzugreifen, welche die Menschen bewegen. Im anstehenden Kommunalwahlkampf könnt ihr fest mit meiner Unterstützung rechnen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal auf mein Angebot hinweisen, mit euren Ortsvereinen zusammen im Wahlkampf Veranstaltungen zu den Themen Energie, Kinder, altersgerechte Kommune und Breitbandversorgung im ländlichen Raum durchzuführen. Bitte wendet euch an mein Wahlkreisbüro, um Details zu klären. Nur wenn wir Präsenz vor Ort zeigen, kann es uns gelingen, auch inhaltlich zu überzeugen.

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade in Krisenzeiten gewinnen wir die breite Unterstützung der Bevölkerung nur mit einer Politik, die Ungerechtigkeit abbaut, Solidarität befördert, Sicherheit bringt und die Teilhabe aller Menschen am Wohlstand ermöglicht. Verteilungsgerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter bleiben Richtschnur meines politischen Handelns. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten und die Zukunft sozialdemokratischer gestalten.

Eure
Hilde ■

**Exklusivbeitrag für 's Rote Füchsle -
in Bezug auf unser (R)umgefragt vom März 2009**

Warum muss der Staat das Bankensystem stabilisieren?

Claus Schmiedel

Viele Bürgerinnen und Bürger reiben sich verdutzt die Augen, wenn sie von den Millionen-, ja Milliardenbeträgen hören, mit denen derzeit der Staat sich gezwungen sieht, das Bankensystem vor dem Kollaps zu bewahren. Warum es dazu keine Alternative gibt, will ich in diesem kleinen Gastbeitrag begreiflich machen.

Wir müssen feststellen, dass sich die Lage auf den Finanzmärkten in den letzten Wochen verschärft hat. In dieser Krisensituation ist es fundamentale Aufgabe des Staates, das Vertrauen in den Finanzmarkt wiederherzustellen. Eine Bankenpleite könnte andere Institute, Unternehmen und Anleger mit in den Abgrund reißen. Diesen Dominoeffekt müssen wir verhindern. Als letzten Schritt sieht das auf den Weg gebrachte Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung deshalb auch Übernahmen zum Zweck der Stabilisierung und im Notfall die Enteignung von Anteilseignern vor.

Bei der Unterstützung von Finanzinstituten geht es uns nicht um Gratifikationen für notleidende Bankmanager. Auf dem Spiel steht viel mehr. Wenn nämlich eine deutsche Bank pleite geht, sie ihre Geschäftspartner nicht mehr bedienen und keine Kredite mehr vergeben kann, dann leidet die gesamte Wirtschaft. Auch Mittelstand und Handwerk würden in den Strudel mit hineingezogen. Das Funktionieren des Finanzmarkts ist ein öffentliches Gut. Wo es in Gefahr ist, muss der Staat eingreifen.

Besonders am Herzen liegt mir, dass sich der Staat in dieser harten, für viele Firmen Existenz bedrohenden Krise nicht nur um die Großen kümmert. Auch die im Kern gesunden und wettbewerbsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen haben es verdient, dass man ihnen mit den erforderlichen Kapitalspritzen über die bevorstehende Durststrecke hinweg hilft. Ich selbst werde in Kürze Vorschläge unterbreiten, mit welchen Instrumenten wir in Baden-Württemberg, das als exportabhängiges und industriegeprägtes Land von der Krise besonders stark betroffen ist, gerade dem zukunftsfähigen, innovativen Mittelstand unter die Arme greifen könnten.

Anm.: Claus Schmiedel (Foto) ist seit Januar 2008 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg. Von 2000-2008 war er ihr wirtschaftspolitischer Sprecher.

■

Schneedienst

Der Kunde ist der Depp

Ludwig Dorner

Der Kunde ist Steuerzahler, Bürger und Straßen-Anlieger. Wenn es schneit, muss er den Gehweg räumen.

Das müssen die Leute vom Straßendienst auch. Sie hatten diesen Winter zeitweilig einen harten Job, gewiss.

Aber muss es wirklich sein, dass sie, von der freien Strecke am Ortsrand ankommend, mit fast unverminderter Geschwindigkeit ins Dorf reindonnern und den Schnee von der Straße mit Karacho auf den Gehweg schleudern?

Die Anwohner, die dann (ggf. erneut) räumen dürfen, haben wenig Freude daran, den harten, schweren, weil verharschten und verdichteten Schnee wieder vom Gehweg zu bekommen. Wer schaufeln muss, weiß, wovon ich rede.

Selbst ein Kleintraktor (siehe Foto), für einen Privatmann sonst gerade recht, kommt kaum mehr nach, bäumt sich auf der Hinterachse auf und steht vorne auf dem Schneeschild, unlenkbar — oder es geht gleich gar nichts mehr. Die Straße gleich daneben ist schneefrei, und selber muss man sich schinden. Das bitte muss vielleicht doch nicht sein. ■

Protokoll der JHV[1] der Jusos Alb-Donau

Kerstin Ersing

Kerstin Ersing

21.02.09 Gasthof Ochsen, Ehingen, Beginn: 15.10 Uhr

Anwesend waren 17 Personen, davon 14 Personen stimmberechtigt.

Die Sitzungsleitung wurde von Andreas Hornung übernommen.

Als Zählkommission wurden Bettina Schulze und Stephan Binsch gewählt.

Ergebnis der Wahl des Kreisvorstandes

Kevin Riedmüller, Andreas Hornung, Stephanie Bernickel, Kerstin Ersing, Tobias Leichtle (alle OV Ehingen)

Ergebnis der Wahl der LDK-Delegierten

Andreas Hornung, Kai Koch (Blaubeuren), Klarissa Müllerschön (Bl.), Thorsten Kneer (Bl.), Kerstin Ersing, Stephanie Bernickel

Wahl des/der LA-Delegierten

Nach zwei Wahlgängen per Auslosung gewählt: Andreas Hornung, Stellvertreter Thorsten Kneer, Stephanie Bernickel

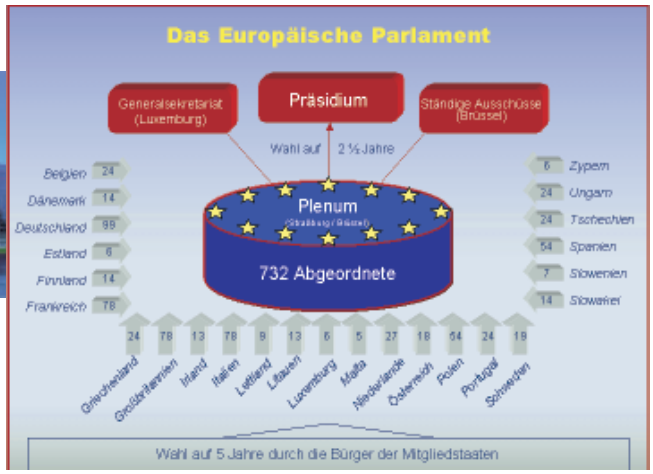
Bericht von Stephan Binsch über "Deine Stadt der Zukunft"

Bericht der AG Blaubeuren über ihren Antrag zur LDK

([1] JHV = Jahreshauptversammlung; - Red.) ■

Die Ehinger Jusos stellten beim vergangenen Dienstagstreff des Ortsvereins den Antrag auf die Einrichtung einer Ehinger Juso-AG (wie sie in Blaubeuren schon längere Zeit besteht). Der Vorstand gab dem Antrag freudig statt, verbunden mit der Bitte, ihre Aktivitäten in den Ortsverein weiterhin einzubringen und über ihre Arbeit zu berichten.

Klärle Dorner ■



Evelyne Gebhardt MdEP
Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

Ohne 's-Hilde-Engele goht fei nix ...

Zwei Zukünftige und eine Konstante. Die Bundestagskandidatin und zukünftige Abgeordnete in Schwäbisch Hall-Hohenlohe Annette Sawade, der Außenminister und zukünftige Bundeskanzler Frank-Walter Steinmeier und das konstante Gesicht für Europa, Evelyne Gebhardt.

Das war neu: Ein Staatspräsident stellt sich vorne hin und pöbelt wie ein Rotzlöffel das demokratisch und frei gewählte Europäische Parlament an. Der Tscheche Vaclav Klaus hat das fertig gebracht. Parlamentspräsident Pöttering froren die Züge ein. Das Gesicht wie aus Marmor gemeißelt. Ich musste mir das nicht bieten lassen und verließ mit vielen anderen den Plenarsaal.

Der drin pöbelte weiter. Nicht raffgierige Banker hätten mit Luftblasen gehandelt und die ganze Wirtschaft mit in die tiefe Krise gerissen. Nein, die Politik sei schuld. Und von ungezügelten Märkten solle die Politik die Finger lassen. Die regeln das alleine besser.

Auf wessen Rücken denn?

Der Europafeind Vaclav Klaus hin oder her – Untersuchungen beschreiben das tschechische Volk als europafreundlich und offen für die Gemeinschaft mit friedliebenden Nachbarn. Schade nur, dass es mit diesem Präsidenten geschlagen ist.

Ihre

Evelyne Gebhardt

Leserpost - U.a zur Bitte in der Märzausgabe, künftig bei Landesparteitagen als Presse zugelassen zu werden.

(L)eserpost 1

Ich selbst war auf dem Landesparteitag in Singen und habe mitbekommen, dass unser Genosse Ludwig Dorner keinen Presseausweis bekam. Ludwig Dorner und das Rote Füchsle ist eine Institution nicht nur des Alb-Donau-Kreises, sondern die SPD-Zeitung wird auch von vielen Genossinnen und Genossen in Berlin gelesen und geschätzt. Es war wirklich nicht schön anzuschauen, wie Ludwig Dorner hinter dem Treppenaufbau weit weg vom Schuss die vielen Stunden absitzen musste, während seine Frau als Delegierte und Mitglied der Zählkommission hier in ihrer Freizeit und ehrenamtlich tätig war.

Alle Welt schreit nach der Basis. Wenn sie so wichtig ist, dann bitte ich Euch darum, sie auch zu honorieren. Es ist selten genug, dass es solche Menschen gibt, die sich jahrelang so für die Partei engagieren.

Heidi Ankner
SPD-Kreisvorsitzende ADK

(L)eserpost 2

Was "verantwortlicher Blattmacher" bedeutet, weiß ich aus meiner Ortsvereinsarbeit nur zu gut. Deshalb uneingeschränkte Hochachtung vor der Leistung und vor allem Kontinuität, mit der Ihr in Ehingen das Rote Füchsle herausgebt. Ich klicke mich immer durch, versteht es bitte nicht als Missachtung, wenn ich bislang noch nicht reagiert hatte.

Ich wünsche Euch, dass sich die Arbeit auch ein Stückweit bei den Kommunalwahlen auszahlt, auch wenn ich weiß, dass Wahlen von Wählern i.d.R. nicht zum Dankesagen genutzt werden.

Dr. Lars Castellucci, Wiesloch
Stellv. Landesvorsitzender

(L)eserpost 3

Rote Füchslein und Rote Seehasen gehören ästimiert! Volle Zustimmung!

Veit Feger, Ehingen

(L)eserpost 4

Ich finde, dass ihr das rote Füchsle peppig und im guten Sinne politisch aufmacht. Es gibt mir aus Göppingen die Chance, Vorgänge auf der anderen Seite der Alb zu kennen und zu verstehen ... Vielleicht sollte es manchmal etwas weniger missionarisch sein, aber das trübt nicht mein Lob.

Peter Hofelich MdL
europäischer und industriepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Fraktionsvorstand, Göppingen

(L)eserpost 5

Ich lese eben den Vorspann zum neuen [März-]RF, Punkt 3 möchte ich ganz fett unterstreichen!!!!

Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren

(L)eserpost 6

Hast Du was dagegen, wenn ich die "Anregung" übernehme?

Karl-Heinz König, Roter Seehas
Meersburg

(L)eserpost 7

Leider habe ich zu spät erfahren, dass ihr keinen Zugang hattet. Das finde ich unglaublich! Werde ich in der nächsten Sitzung so ansprechen!

Hilde Mattheis MdB, Ulm

(L)eserpost 8

Richtig gut gemacht. Mit wenigen Sätzen den Herrschaften mal den berühmten Marsch geblasen!!! Danke dafür.

Monika Späth, Temmenhausen

(L)eserpost 9

Lieber Ludwig, wie du siehst, bin ich weiterhin fleißige Leserin des Roten Füchsles. Aber ich hätte Dein Anliegen auch aufgenommen, wenn Du Dich über Delegierte gleich auf dem Parteitag noch an mich gewandt oder eine Mail geschrieben hättest.

Jedenfalls wird das nicht mehr vorkommen. Wer sich als Presse anmeldet und eine OV-Zeitung vertritt, bekommt auch Zutritt. Dort wo der Landesverband organisatorisch das Sagen hat, kann ich das jedenfalls klarstellen.

Falls es Dich aber tröstet, die vom Bund bestellte und von uns bezahlte Sicherheit hat mir auch zwischendurch einmal den Zutritt zum Saal verweigert, weil ich kein Schild anhatte.

Herzliche Grüße
Ute Vogt
SPD-Landesvorsitzende

(L)eserpost 10

Ich finde Deine Anregung mit dem "kleinen Presseausweis für Ehrenamtliche" sehr gut.

Dieter Volgnandt, Ehingen

Damals im April

Gerhard Tessin

Berichtigung

In der März-Ausgabe ist der Artikel über die Kriegsschuld unter die falsche Jahreszahlspalte (1949) geraten. Da es sich hierbei um den Ersten Weltkrieg handelt, muss es natürlich heißen: "Vor 90 Jahren (1919)". Ich bitte um Entschuldigung.

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren (1919): Weimarer Verfassung

Anmerkung zur Chronologie: Die Weimarer Verfassung trat erst im August in Kraft. Da im nächsten Monat der 60. Jahrestag der Verfassung der Bundesrepublik ("Grundgesetz") gefeiert wird, stellen wir die "alte" Verfassung zuerst vor.

Die Beratungen über die Weimarer Reichsverfassung (WRV) hatten nach der Konstituierung der Nationalversammlung im Februar begonnen. Grundlage der Beratungen war ein Entwurf des Staatsrechtlers und linksliberalen Politikers Hugo Preuss. Aus diesem Entwurf entstand nach erheblichen Änderungen und Ergänzungen schließlich die neue Verfassung. Diese war ein Kompromiss zwischen sozialistischen, bürgerlich-liberalen und konservativen Anschauungen.

Die WRV, nach langen und intensiven Debatten am 31.7. vom Parlament verabschiedet und am 11.8. vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet, konstituierte das Deutsche Reich als demokratische, parlamentarische Republik; einen Bundesstaat mit (im Gegensatz zur Verfassung von 1871, in der die Abhängigkeit des Reichs von den Ländern größer war) mit verstärkter Reichsgewalt. Grundlage des Rechts und der Gewalt war die Souveränität des Volkes, dessen Wille sich neben Wahlen auch in Volksbegehren und Volksentscheid kundtun konnte.

Der Reichstag als Legislative war das zentrale politische Organ. Die Reichsregierung war von seinem Vertrauen abhängig und konnte durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Neben der Gesetzgebung und der Bewilligung des Staatshaushalts gehörte jetzt auch die Ratifizierung von Staatsverträgen zu seinen Kompetenzen. Der Reichstag war für vier Jahre in gleicher, geheimer und direkter Wahl von den über 20 Jahre alten Frauen und Männern nach dem Verhältniswahlsystem gewählt.

Der Reichspräsident* als Staatsoberhaupt wurde vom Volk auf 7 Jahre direkt gewählt (Wiederwahl zulässig) und war mit erheblichen Vollmachten ausgestattet. Er vertrat das Reich völkerrechtlich, hatte den militärischen Oberbefehl und hatte das Recht, den Reichstag aufzulösen. Mit Hilfe des Artikels 48 (Notverordnungsrecht) konnte er über den Ausnahmezustand verfügen, "wenn im Deutschen Reich die Öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet werden".

Der Reichsrat, die Vertretung der damals 25 Länder, hatte eine geringere Bedeutung und gewisse Einspruchrechte gegen vom Reichstag beschlossene Gesetze.

Der Grundrechtsteil der WRV war umfassend. In Ergänzungen und Änderungen der allgemeinen Menschenrechte des 19. Jh. wurde er angepasst an die Erfordernisse der neuen Industriegesellschaft. Etwa bei staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten,

→→→

Schutzbestimmungen für Ehe und Familie, Schule und Kirche, sowie im wirtschaftlichen Leben.

Historiker bemerken übereinstimmend, dass die WRV stark von den Vorstellungen des bürgerlichen Liberalismus geprägt war. Die SPD dagegen als zahlenmäßig stärkste politische Kraft konnte dem Verfassungswerk kaum den Stempel des verfassungs- und gesellschaftspolitischen Programms der Sozialdemokratie aufdrücken. Das lag zum einem am Zwang zum Kompromiss im Regierungsbündnis, zum anderen aber daran, dass sie kein eigenes, klar ausformuliertes verfassungstheoretisches Konzept besaß (Eberhard Kolb). Ferner befand die SPD sich bereits im Frühjahr und Sommer 1919 in einer schwächeren Position als nach der Wahl im Januar.

Die Weimarer Verfassung wurde damals von vielen als "liberalste Verfassung der Welt" bezeichnet. Sie hatte aber auch Defizite, zumindest aus heutiger Sicht:

Da war die Machtfülle des Reichspräsidenten, der aufgrund der Direktwahl durch das Volk unabhängig von der Parlamentsmehrheit war. Durch die Konzipierung eines "Ersatzkaisers" kam vermutlich die Angst der Mehrheit der Verfassungsväter vor einer zu großen Parlamentssouveränität zum Ausdruck. Der Parlamentarismus war also beschränkt. Und durch den Artikel 48 wurde die Ausnahme zum Normalfall.

Die Regierungen waren zu schwach wegen der doppelten Abhängigkeit (Reichstag, Reichspräsident); ein einfaches Misstrauensvotum genügte. Aber auch wegen des zwar gut gemeinten, aber übertrieben ausgelegten Verhältniswahlrechts. Durch das Fehlen einer Prozentklausel konnten kleinste Parteien und Gruppierungen in den Reichstag einziehen. Die Folge: Zersplitterung des Parlaments, Minderheitenkabinette und keine Kontinuität.

Und, aus heutiger Sicht ebenfalls ein Schwachpunkt: Es gab keinen Verfassungsschutz.

An der Verfassung lag es aber nicht, dass Weimar scheiterte. Der Demokratie mangelte es an Demokraten. Es war vor allem der fehlende Wille breitester Volksschichten zur verantwortlichen Mittätigkeit in der demokratischen Republik.

+++++++++++++++++

* Der erste Reichspräsident der Weimarer Republik Friedrich Ebert (SPD) wurde am 11.2.1919, also vor Inkrafttreten einer Verfassung, von den Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt. Grundlage war das "Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" vom 10.2.1919. Der Artikel 41 der WRV bestimmte die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Der von der Nationalversammlung gewählte "vorläufige" Präsident konnte jedoch solange weiter amtieren, bis der erste vom Volke gewählte Reichspräsident sein Amt antrat. Mit Zweidrittelmehrheit gab der Reichstag am 24.10.1922 dem entsprechenden Absatz folgende Änderung: "der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925. Nach Eberts Tod am 28. Februar 1925 übte der Präsident des Reichsgerichts Simons das Amt aus, bis ein vom Volk gewählter Präsident (Hindenburg, Red.) das Amt antrat. ■

Aufruf in eigener Sache:

's Rote Füchsle weiß und vermutet unter seiner vielhundertfachen Leserschaft auch historisch Interessierte und Gebildete. Unser Redaktionsmitglied und langjähriger Autor der Serie "Damals im ...", Gerhard Tessin, würde sich über deren gelegentliche Rückmeldungen herzlich freuen. Er macht sich mit seinen Beiträgen regelmäßig viel Mühe. - *Ludwig Dorner* ■

Klara Dorner

Notizen aus der Kreistagsarbeit

SPD-Kreistagsfraktion

Naturnahe Bestattung ("FriedWald" oder "RuheForst") im Alb-Donau-Kreis

Klara Dorner (stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende), Monika Späth und Manfred Daur
Mitglieder im Kultur- und Sozialausschuss des Kreistags

Herrn Landrat
Heinz Seiffert

Sehr geehrter
Herr Landrat,
sehr geehrte Damen
und Herren,

die SPD-Fraktion regt an, dass man sich in Ihrem Hause und ggf. alsdann auch im Kreistag mit naturnaher Bestattung im Alb-Donau-Kreis beschäftige und zugleich prüfe, ob dazu ein Konzept erarbeitet werden kann.

Unsere diesbezüglichen Vorstellungen unterscheiden sich von denen der beiden kommerziellen Organisationen. Wir denken nämlich vielmehr an kleinere Einheiten im "Umkreis" der Gemeinden des Alb-Donau-Kreises. Da das Bestattungswesen in kommunaler oder kirchlicher Hand liegt, wäre eine entsprechende Unterstützung der Kommunen begrüßenswert.

Begründung:

Naturnahe Bestattung als Alternative zu konventionellen Begräbnisstätten findet in Deutschland immer mehr Zuspruch. Anstatt sich wie üblich auf einem Friedhof in einem Grab in Sarg oder Urne beerdigen zu lassen, ermöglicht ein "Friedwald" die Bestattung in der Natur.

Immer mehr Menschen streben als ihren "letzten Willen" eine derartige Beisetzung an. Doch leider müssen sie sich Begräbnisstätten dieser Art häufig weit weg von den Angehörigen suchen. Der nächste und einzige im Umkreis von ca. 40 km ist bei Münsingen im Großen Lautertal.

Wer sich für eine Friedwaldbestattung entscheidet, kann sich schon früh selbst dafür einen Baum aussuchen, der für 99 Jahre "gemietet" werden kann. Da immer mehr Menschen ihre Angehörigen in sehr weiter Entfernung haben, treibt sie die Frage um: Was wird nach meinem Tod mit meinem Grab? Wer wird die Grabpflege übernehmen? Nicht jede/r kann sich auf Jahrzehnte hinaus die Grabpflege durch eine Gärtnerei leisten.

Unsere Gesellschaft beschäftigt sich mehr denn je auch mit den Fragen wie Vorsorgevollmacht, rechtliche Betreuung und Patientenverfügung. Daher sollte die eigenverantwortliche Beschäftigung mit der Frage "Was wird aus mir nach meinem Tod?" kein Tabu sein.

Wir selbst erleben bei Menschen, die bereits "ihren Baum" ausgewählt haben, eine große Zufriedenheit. Sie machen sich mit "ihrem Baum" schon früh vertraut. Diese "Vertrautheit" hilft ihnen, die Angst vor dem Sterben zu mildern und besser zu bewältigen. ■

→→→

Winterlicher Wald

"In den Wäldern sind Dinge, über die nachzudenken man jahrelang im Moos liegen könnte."
(Franz Kafka)

Foto: lizenzfrei

Lohnt sich ein Dorflädele in Mundingen?

Aufmerksam zuhören ... und angeregt Gedanken austauschen

Hilde Mattheis MdB ist bekanntlich unermüdlich unterwegs. Sie kümmert sich auch um die kleineren Orte im Kreis. So war sie am 10. März in Mundingen auf der Ehinger Alb. Sie hatte Irmengard Zeeb aus Ulm-Mähringen als Fachfrau mitgebracht, die dort seit drei Jahren ein kleines Dorflädele betreibt und - bescheiden - davon leben kann. In Mundingen allein wird sich so etwas kaum tragen, aber wenn die Alborte zusammenhalten und auch den Fremdenverkehr ankurbeln wollen, könnte etwas daraus werden. Nächste Veranstaltung: Siehe Seite 28. *(Fotos: Stephanie Bernickel)* ■

Es stand vor 10 Jahren im Roten Füchsle

Jürgen Meyer MdB kauft in Ehingen ein Haus

So titelt 's Rote Füchsle. (Es war dann leider nur ein Aprilscherz.)

Integration und Staatsangehörigkeit

Zur Unterschriftenaktion der CDU. 's Rote Füchsle gesteht der Kampagne durchaus auch eine gewisse Berechtigung in der Argumentation zu. Es kritisiert aber auch scharf, dass zugleich auch rechte bis ganz rechte Wähler damit bedient werden: "Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben?"

Nachgefragt bei Carla Bregenzer MdL

's Rote Füchsle hatte bei der SPD-Landtagsabgeordneten nachgefragt. Sie setzte sich für Islamunterricht an öffentlichen Schulen ein. Carla beantwortete die Fragen im gleichen Heft.

Windkraftanlagen

Damit und mit der Erhöhung des Wasserspiegels beim Öpfinger Stausee befasste man sich am Dienstagstreff. Auch die Rathauserweiterung (Ehingen) stand auf der Tagesordnung. Und schließlich wurde eine Ortsbegehung am Öpfinger Stausee ins Auge gefasst.

Höher gestiegen

"Der Oskar *[Lafontaine; Red.]* ist bei mir durch die Art seines Abgangs noch einige Stufen höher gestiegen. Es ist nur einer sehr starken Persönlichkeit möglich, in diesem unmenschlichen Politikbetrieb sich nicht bis zur Unkenntlichkeit verbiegen zu lassen. Und vornehm ist er abgetreten. ... Er hat bis zur Selbstaufgabe für unsere Partei Schröder-Wahlkampf gemacht."

(Eine Leserzuschrift, SPD-Mitglied)

☒ [A]bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle befragt Mandatsträger/-innen, wie sie in letzter Zeit abgestimmt haben.

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten
? = trotz Anfrage keine Angaben erfolgt

Evelyne Gebhardt, MdEP		
1	Einführung eines europäischen Berufsausweises	j
2	Schließung der geheimen CIA-Gefängnisse im Ausland	j
3	Stärkung des Prinzips der "Sozialwirtschaft"	j
Hilde Mattheis MdB		
1	?	
Martin Rivoir MdL		
1	Staatshaushaltsplans BaWü für 2009	n
2	Änderung des Landesnichtraucherschutzgesetzes ("zu lasch")	n
3	Änderung des Bestattungsgesetzes	j
Klärle Dorner, Kreisrätin		
1	Neubau der Magdalena-Neff-Schule Ehingen; Vergabe der Arbeiten für Freianlagen und Schreinerarbeiten in Höhe von gut 700 000 Euro	j
Manfred Hucker, Gemeinderat		
1	Bebauungsplan „Reislesäcker-Erweiterung" im Teilort Altsteußlingen	j
2	Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der Gemarkung Griesingen	j
3	Eingliederung der Freiwilligen Feuerwehr Ehingen, Abteilung Berkach, in die Stützpunktfeuerwehr Ehingen	j
Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender		
1	Eingliederung der Feuerwehrabteilung Berkach in die Stützpunktfeuerwehr Ehingen	j
2	Annahme Sachspende (Wert 11 200) Euro von Fa. Solar Sailer für Photo-Voltaik-Anlage für die Realschule Ehingen	j
3	Bebauungsplan "Reisleäcker-Erweiterung	j
4	Flächennutz.-plan Griesingen, Anlage Festwiese	j
Joachim Schmucker, Gemeinderat		
1	?	
Wolf-Rüdiger Stummer, Gemeinderat		
1	Im Befragungszeitraum hat keine Abstimmung stattgefunden!	

Lesen, womit sich die Parlamente befassen ...

Vortrag vom 2. ASS-Vorsitzenden des Alb-Donau-Kreises am 18.02.2008

Emil Lehle
Bild: H. Feiler

August Bebel

Emil Lehle, Blaustein
Digitalisierung: Horst Feiler

August Bebel ist für uns die bedeutendste Persönlichkeit der SPD vor dem ersten Weltkrieg. Aufgewachsen ist er unter ärmlichsten Verhältnissen. Am Ende seines Lebens gilt er als eine Art Gegenkaiser, Mitbegründer und bedeutendster Führer der Sozialdemokraten im wihelminischen Deutschland. Bebel wurde vor 170 Jahren in Köln-Deutz geboren.

Jugendzeit, Lehr- und Wanderjahre

Am 22. Febr. 1840 wurde August Bebel in einer Kasematte der Festung Köln-Deutz geboren.

Der Vater war Unteroffizier. Als Berufssoldat führte er mit Frau und Kindern ein kümmerliches Leben, das einem langweiligen Drill und der Ausbildung von Rekruten gewidmet war. So verbrachte der kleine August seine ersten Lebensjahre auf dem Kasernenhof, wo er sich im kindlichen Spiel bemühte, es den Erwachsenen beim Exerzieren gleichzutun.

Als August Bebel 4 Jahre alt war, starb der Vater an Lungenschwindsucht. Die Mutter, die keine Unterstützung bekam, musste mit ihren Kindern die kleine Wohnung in den Kasematten verlassen.

Die Witwe heiratete einen Zwillingsbruder des Vaters, ebenfalls Uffz. Nach zwei Jahren starb auch der Stiefvater.

Die Mutter, die wiederum keinerlei Versorgungsansprüche hatte, zog in ihre Heimatstadt Wetzlar zu Geschwistern. Sie verdiente mit schlecht bezahlter Heimarbeit den Lebensunterhalt. Auch der kleine August arbeitete schon frühzeitig mit. Außerdem besuchte er die Volksschule und nahm jede Gelegenheit wahr, etwas zu lernen. Er war sehr wissbegierig.

Mit Dankbarkeit erinnert er sich später eines Lehrers, der ihn, dem armen Schüler, außerhalb der Schulstunden in die Geheimnisse der Mathematik einweihte.

Als die Mutter 1853 ebenfalls an der Schwindsucht starb, kam August Bebel mit 13 Jahren zu einer Tante in Pflege. Mit 14 Jahren war er gezwungen, die Schule zu verlassen und einen Beruf zu erlernen. Er hätte gern Bergbau studiert.

Ohne innere Neigung entschied er sich für das Drechslerhandwerk und fand in Wetzlar eine Lehrstelle. Über seine mühsame Tätigkeit auch an Sonn- und Feiertagen schrieb er später:

Morgens um 5.00 Uhr begann dieselbe und währte bis abends 7 Uhr ohne Pause. (Von der Drehbank ging es zum Essen und vom Essen an die Bank).

Für die eigene Fortbildung blieb nur wenig Zeit. Dennoch gelang es August Bebel, sich historische Romane und Geschichtswerke zu beschaffen, deren Inhalt er mit Eifer aufnahm.

Nach vierjähriger Lehrzeit, deren Ende August Bebel mit Sehnsucht erwartete, strebte er aus der Enge der Werkstatt heraus und trat nach altem Handwerksbrauch eine größere Wanderung an.

August Bebel wanderte nach Ende seiner vierjährigen Lehrzeit im Febr. 1858 zunächst durch die Pfalz und den Schwarzwald bis nach Freiburg im Breisgau.

Hier trat er einem kath. Gesellenverein bei, den Kaplan

weiter auf Seite 24 ➔➔➔

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchsle hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de

1

"Buy American!" - "Leute, kauft nur noch amerikanische Produkte", hieß es anfangs 2009 in den USA, durch die neue Regierung jetzt freilich etwas abgemildert. Ist so eine Losung vernünftig und logisch? Sollen wir dies auch so halten: "Deutsche, kauft nur bei Deutschen!"? Oder aus verschiedenen Gründen lieber doch nicht? *(Siehe auch Seite 2; - Red.)*

Elisabeth Couvigny-Erb, Blaustein, Gemeinderätin

Mit graut immer vor so absoluten Forderungen. Ich mag das nicht so eng sehen. Natürlich schaue ich beim Obst, dem Gemüse, der Milch usw. dass hier keine langen Transportwege entstehen, aber bestimmt nicht deswegen, weil ich nur "Deutsch" einkaufen will, sondern weil es im einen oder anderen Falle einfach ökologisch der richtige Weg ist.

Klärle Dorner, Kreisrätin, OV-Vorsitzende

Ich tu mir diesmal sehr schwer mit der Art der Fragesstellung. Ganz klar, es darf nie wieder so etwas geben, wie wir hatten: "Deutsche, kauft nur bei Deutschen." Allerdings scheint mir dieser Warnhinweis - der durchaus berechtigt ist - in diesem Zusammenhang nicht unbedingt passend. Vielleicht könnte er durch manche nachvollziehbare Argumentation sogar eher missgedeutet werden und letztlich zu einer Verharmlosung des unsäglich Geschehenen führen. Und das sollte durch die Fragestellung doch gewiss nicht erreicht werden. Deshalb habe ich sehr lange gezögert und hin und her überlegt, eine Antwort auf diese Frage zu schreiben. Ich will es trotzdem versuchen.

1. Wir leben in einer globalisierten Welt mit allen Vor- und Nachteilen. Wir leben Gott sei Dank in einer europäisch vereinigten Welt. Trotzdem hat jede Region, jede Raumschaft, jeder Staat auch seine eigenen Erungenschaften. Diese sind und sollen wir auch bereit sein, mit andern zu teilen, oder sie teilhaben zu lassen.

2. Es gibt wahrscheinlich kaum ein Produkt, das ausschließlich in einer Region, in einem Staat produziert wird. Selbst bei urschwäbischen Brezeln brauchen wir Salz aus einer anderen Region. Und bei Autos gilt das noch viel mehr. Viele Staaten profitieren oder leiden unter einem Kauf oder Nichtkauf. Aber es wäre wohl dem Steuerzahler aus Deutschland nicht vermittelbar, dass in Deutschland, von vielen Menschen verschiedenster Herkunft, hier erarbeitete Steuergelder dafür benutzt würden, dass in den USA die Folgen dortiger Managementfehler damit bezahlt würden - ohne dass eine annähernd erkennbare Garantieabsicht für den Erhalt vieler Arbeitsplätze in unserer Raumschaft gegeben ist. In diesem Falle halte ich das durchaus für legitim und nicht für nationalistisch. Das ist für mich kein Protektionismus. Dass wir dabei sehr vorsichtig mit der Argumentation sein müssen wird dadurch deutlich - dass wir schon öfters und nicht nur in den letzten Jahren bei unseren europäischen Nachbarn lesen konnten: British, buy British. Aber ich meine, jeder vernüftig denkende Mensch müsste auch dort erkennen - dass das nicht ernst gemeint sein darf. Ich möchte diesen Menschen auch nicht unbedingt "Nationalismus" unterstellen. Es kann ja auch ökologisch sehr sinnvoll sein, wenn ich regionale Produkte kaufe - kurze Frachtwege ... Aber die Menschen sollten sich bewusst sein, dass manche Worte nach dem Holocost nicht mehr "unbelastet" gesagt werden können.

Eine wichtige Einschränkung die ich bei einem "ausschließenden Kaufaufruf " machen möchte. Das Produkt darf nicht durch Kinderarbeit entstanden sein und nicht unter Bedingungen, die der Menschenrechstkonvention widersprechen. Dieser Zusatz ist mir wichtig.

Bärbel Griesinger, Ortsvereinsmitglied

Dazu müsste erst mal klar sein, was unter dem

Begriff "Deutsch/Deutscher" zu verstehen ist. Das ist weitaus schwieriger, als es sich im ersten Moment vielleicht anhört. Diese Aufforderung passt auch überhaupt nicht in eine globalisierte Welt, in die keine haarscharfen Trennungslinien mehr zu ziehen sind.

Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren-Gerhausen, Stadtrat

Die Antwort kann nur lauten, lieber doch nicht! Protektionismus hieße auch geschlossene Gesellschaft und das bedeutet das Ende der demokratischen Grundordnung. Ganz abgesehen davon dass der Welthandelsriese Deutschland ganz schön dumm aus der Wäsche gucken würde, der jenseits des Atlantiks übrigens auch. Handel bedeutet den Austausch von Waren und Werten, also kaufen und verkaufen im Wechselspiel, und das in stabilen Relationen. Fairer Handel hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun, ist zudem Eckpfeiler von Frieden und Freiheit. Was übrigens auch innerhalb unseres föderalen Systems BRD gilt, so merkwürdig das auch im ersten Moment klingen mag. Also lohnt es sich doch eher vermehrt über Gerechtigkeit nachzudenken. Damit tut sich Gelb-Schwarz bekanntermaßen sehr schwer, im Gegensatz zu einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung. Also, SozialdemokratIn, bleib bei deinem Leisten und gerate nicht auf die Trampelpfade radikalkapitalistischer Rattenfänger!

Martin Kaspar, Dornstadt, Kreiskassier, Kreisvorstandsmitglied, Gemeinderat

Protektionismus war noch nie die richtige Lösung, wenn sie überhaupt als "Lösung" betrachtet werden kann. Gerade Deutschland als Exportnation ist vom freien Handel innerhalb der EU und mit anderen Staaten mehr als alle anderen Länder angewiesen. Beispielsweise könnte Liebherr wohl schon morgen "dicht machen", würde der Protektionismus wieder um sich greifen. Buy American, Deutsch oder Francais ist eine verständliche, rein emotionale, aber sachlich falsche Reaktion mit dem eigentlich gut gemeinten Ziel Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten. Ein Rettungsboot schwimmt auch nicht dadurch schneller, dass ich plötzlich alleine rudern möchte. Dass Thomas Gottschalk in "Wetten Dass?!" dazu aufruft, von seinem Saalwetteinsatz deutsche Autos zu kaufen, oder Nicolas Sarkozy lediglich französische Autobauer unterstützen will, macht die Sache auch nicht richtiger oder besser. Gerade hier bin ich für eine national unabhängige EU-Kommission dankbar, die das Wettbewerbsrecht, so umstritten es in einigen Einzelfällen sein mag, im Kern durchsetzt.

Europa wird durch Protektionismus nicht reicher. Gerade jetzt ist die Zeit der Europäischen Union gekommen als Ganzes aufzutreten, zusammenzuhalten und sich nicht auseinander dividieren zu lassen.

Kleiner Vorschlag für deine redaktionelle Arbeit am Rande: Deine Fragen sind manchmal etwas voreingenommen formuliert. "Deutsche kauft nur bei Deutschen" ist historisch doch recht einschlägig vorbelastet. Dadurch lenkst du die Meinung bereits in eine bestimmte Richtung, was ich nicht ganz optimal finde.

Georg Mangold, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Kauft deutsche Produkte geht in der globalisierten Welt - speziell in Europa und der EU - technisch gar nicht mehr. Kein Mensch weiß, wo welches Teil eines Produktes hergestellt wird. Oft ist in der Textilindustrie bei "made in Germany" gerade noch das Label in Deutschland eingenäht worden, der Rest ist aus Fernost. Wer kann sagen: Welche Teile des Sharan oder der A-Klasse oder des Touareg werden wo hergestellt. Inzwischen wissen es nicht einmal die Hersteller selbst. Wo Märklin draufsteht (eigentlich urdeutsch und urschwäbisch) ist heute mehr ungarisch drin.

Joachim Schmucker, Stadtrat

Lieber Ludwig, hast Du die Frage in aller Eile formuliert? Sonst drückst Du Dich doch sehr differenziert aus. Es kann doch nicht im Ernst Deine Absicht sein, eine Nazi-Parole, die man eindeutig mit dem Terror gegen jüdische Mitbürger während der Nazi-Zeit assoziiert, mit einem harmlosen Appell an das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu vergleichen? Ich nehme mal an, dass Du die Frage anders stellen wolltest, und antworte Dir, wie ich glaube, so, wie Du die Frage gemeint hast: Protektionismus löst kein wirtschaftliches Problem auf Dauer. Trotzdem werden wir auch in einem enger zusammen wachsenden Europa in Krisenzeiten den Rückfall in nationalstaatliches Denken hinnehmen müssen, nach dem Motto: das Hemd ist mir näher als der Kittel.

Wenn wir auf die Amerikaner zeigen, weil wir meinen, dass deren Kaufaufruf unfairer Wettbewerb sei, dann müssen wir auch auf Sarkozy und die Franzosen zeigen und letztlich darf Steinbrück kein Geld an Opel geben. Aber all die Genannten wollen doch Wahlen gewinnen. Und die gewinnt man nicht mit Bekenntnissen zum freien Warenhandel. Die kann man sich dann wieder nach der (gewonnenen) Wahl leisten.

➔➔➔

Monika Späth, Temmenhausen, Kreisrätin

Das ist natürlich Quatsch. Heute ist "Welthandel" angesagt. Inzwischen leben wir wirklich in "einer Welt". Das begreifen nur leider viele noch nicht.

Und die angeblich konsequente Losung, "Deutsche, kauft nur bei Deutschen", hat ja nun wirklich ein "Gschmäckle", vor dem man nur warnen kann.

Wolf-Rüdiger Stummer, Stadtrat

So ein Quatsch! Nur ein Beispiel:

Wo gibt es noch das rein in Deutschland produzierte Kraftfahrzeug? Es gibt keinen deutschen Hersteller, der nicht Teile, produziert im Ausland, mit einbaut!

Gerhard Tessin, Redaktionsmitglied

Wer so exportabhängig ist, darf sich nicht abschotten. Protektionismus ist im globalen Wirtschaftsleben fehl am Platze.

Der zweite Frageteil provoziert (soll wohl auch). So könnte ein Slogan der NPD heißen. Aus Protektionismus wird Nationalismus und daraus im schlimmen Fall Rassismus. Wohin so was führen kann, wissen wir. Verankert im europäischen Bündnis (und in anderen, globalen) sind wir hoffentlich gegen dergleichen gefeit.

Dieter Volgnandt, Redaktionsmitglied

Wem soll ein derartiger Protektionismus noch etwas bringen, außer dass er auf die Dauer mehr Arbeitsplätze kaputt macht, als dass er schaffen könnte, und dass er dazu noch, nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen etwas länger künstlich am Tropf hält (was auch mitunter so wirksam sein könnte, als würde man Leichen Blut spenden.

Dass sich die USA aber mit ihrem riesigen Binnenmarkt auch einmal wieder abschotten könnten, ist auch klar. Sie werden's aber nicht tun, weil ihnen auch klar ist, dass sie ohne den Rest der Welt nicht leben können. Schließlich können die Gralshüter und obersten Dogmatiker der Lehre vom freien Markt und Kapitalverkehr jetzt nicht das Gegenteil tun. Dass die Franzosen schon immer einen etwas größeren Hang zu einer regulierten Wirtschaftsordnung hatten, ergibt sich aus ihrer Geschichte. Nichtsdestotrotz weiß auch Sarkozy, dass mit den populistischen Parolen einer Abschottung innerhalb Europas jetzt nichts getan ist. (Wie sollte das auch gehen? Wie französisch ist eigentlich ein Citroën noch? Und wie wollte man denn den Produzenten vorschreiben, bei welchem Zulieferer sie ihre Teile bestellen sollen?

Das Gezeter wirkt sogar eher kontraproduktiv - siehe Entwicklung des Eurokurses. Wer jetzt in Europa die protektionistischen Instrumente aus der Rumpelkammer seiner Geschichte hervorholt, wird Europa und damit unser aller Lebensgrundlage und Sicherheit wieder zerstören.

Nein, die Krise zeigt, dass wir sie als Europäer nur gemeinsam lösen können. Das betrifft auch das weitere Zusammenwachsen von Sozial- und Steuerstandards. Wer eine gemeinsame Währung hat und will, muss auch an dieser Schraube weiterdrehen. Könnten wir es uns denn leisten, dass innerhalb unserer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft ein Land den Staatsbankrott anmelden muss? Dies nur eine rhetorische Frage. ■

2 (R)umgefragt — Frage 2

Braucht Ehingen in der Adolffstraße künftig zwei Einkaufsmärkte?

Bärbel Griesinger, Ortsvereinsmitglied

Die Adolffstraße braucht keine zwei Einkaufsmärkte. Wir brauchen in der Ehinger Innenstadt ganz, ganz dringend einen zweiten Lebensmittelladen. Wir vergessen mit unserem Einkaufsverhalten sehr oft, dass im Zentrum sehr viele ältere, alte, gebrechliche und autolose Mitmenschen wohnen. Zum Glück haben wir in der Hauptstraße noch das "Bauralädele" und ein Reformhaus, die ein Teilsortiment anbieten.

Georg Mangold, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Kurz und knapp: Nein, wir brauchen in der Adolffstraße keine zwei Supermärkte. Viel besser wäre ein Markt in der Innenstadt.

Vor kurzem hat der Gemeinderat das Preisfuxgelände in eine Sanierungsgebiet einbezogen, obwohl das Gelände mit dem Sanierungsgebiet räumlich eigentlich nichts zu tun hat. Grund: Alle glaubten, hier

→→→

entsteht etwas für die Nahversorgung der Innenstadtbewohner. Inzwischen ist das offentsichtlich weit gefehlt. Somit gehen öffentliche Sanierungsgelder in die falsche Richtung. Es wäre an der Zeit, dass diejenigen, die die Änderung des Sanierungsgebietes auf die Tagesordnung gebracht haben, dies wieder zur Rückgängigmachung vorschlagen. Mich erinnert dieser Vorgang an die Finanzkrise im Kleinformat Ehingen.

Kevin Riedmüller, Ehingen

Nein, ein Einkaufsmarkt reicht dort völlig. In der Innenstadt wird dringend ein neuer Einkaufsmarkt gebraucht, denn dort sind sie ziemlich rar. Einkaufsmärkte in der Innenstadt sind zentraler und besser zu erreichen für Leute, die in der Kernstadt wohnen.

Joachim Schmucker, Stadtrat

Mir stellt sich die Frage anders: Was lösen wir im Gemeinderat aus, wenn wir in der Adolffstraße baurechtlich ein Sondergebiet ausweisen? Dann haben wir zwei Einkaufsmärkte. Und wenn weitere Grundstücke in der Adolffstraße zur Verwertung kommen, bald drei, vier Einkaufsmärkte. Dann bewegen wir uns in der Adolffstraße nach Westen zum ehemaligen Schlecker-Gelände, zum ehemaligen Nagel-Fischer-Gelände.

Die Frage ist nicht, ob wir in der Adolffstraße in den nächsten 1,5 Jahren einen zweiten Einkaufsmarkt erhalten werden. Die Frage ist, ob wir im nördlichen Grenzbereich der Innenstadt neben Talstraße und Nasgenstadt einen dritten Einkaufsschwerpunkt wollen, für den wir jetzt die Tür aufstoßen.

Im Moment geht es "nur" um einen zweiten Markt, den man sogar noch mit dem Argument der Innenstadtversorgung gutheißen könnte. Wollen wir aber langfristig eine Entwicklung verhindern, die der verbliebenen Geschäftswelt in der Innenstadt erneut das (Über-)Leben schwer macht, dürfen wir kein Sondergebiet ausweisen. Bisher gab es in der Adolffstraße einen Markt. Der wird gebraucht, hat Bestandsschutz, soll bleiben und sich vergrößern können. Aber das reicht!

Wolf-Rüdiger Stummer, Stadtrat

Nein. Es reicht ein Lebensmittel-Einkaufsmarkt mit einem einheimischen Bauherrn!

Gerhard Tessin, Redaktionsmitglied

Nach jahrelanger Bürgerverarschung beim Preisfux-Areal nun so was. Nein, brauchen wir nicht. Ein paar hundert Meter weiter oben ist schließlich noch einer: Lidl. Und die nicht mobilen Bürger der Kernstadt sind weiterhin die Dummen.

Dieter Volgnandt, Redaktionsmitglied

Ehingen braucht im Kernbereich wieder mehr Supermärkte. Darum sollten wir uns kümmern. Egal, wieviele Märkte in der Adolffstraße leer stehen. Im Innenstadtbereich sollte es außer den beiden Schleckermärkten noch einen gescheiten Supermarkt geben. ■

(L)eserpost 11

Genosse Wilfried Schollenberger aus Heidelberg sollte unbedingt nochmal "nachschieben". Zu diesem Thema kann man nicht genug aufgeklärt werden!

Bärbel Griesinger, Ehingen

"Deutsche, wehrt euch!
Kauft nicht bei Juden!"

So etwas darf sich nie mehr ereignen!

Besonders hundsgemein war bei den Nazis ja noch, dass sie deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern das "Deutsch-sein" wegnahmen und ihre jüdische Religion in eine nicht-existente, rechtlose und fremde Scheinnationalität umwandelten. ■

Nichts gelernt aus dem Fall Bosch (Rektor-"Rebell" in Ravensburg)

Landesregierung übt erneut Druck auf kritische Pädagogen aus

SPD: Nichts gelernt aus dem Fall Bosch - Landesregierung übt erneut Druck auf kritische Pädagogen aus

Dr. Roland Peter, Pressesprecher SPD-Landtagsfraktion

Schulexperte Norbert Zeller MdL (SPD): "Kultusminister Rau steht offensichtlich mit der Meinungs- und Redefreiheit in unserer Demokratie auf Kriegsfuß". SPD-Anfrage offenbart System der Einschüchterung im baden-württembergischen Kultusbereich

Die SPD-Fraktion weist neue Bestrebungen des Kultusministeriums, kritische Pädagogen unter Druck zu setzen, mit großer Empörung zurück. Damit solle offenkundig verhindert werden, dass sich Schulleiter und Lehrer kritisch mit der Bildungspolitik der Landesregierung und von Kultusminister Helmut Rau (CDU) auseinandersetzen.

Die SPD will jetzt mit einem neuen Antrag Einzelheiten wissen, um das System der Einschüchterung bloßzustellen. "Rau steht offensichtlich mit der Meinungs- und Redefreiheit in unserer Demokratie auf Kriegsfuß", sagte Norbert Zeller, Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag. Wie im Fall des Ravensburger Hauptschulrektors Bosch sei Kritik an der Regierungspolitik nicht erwünscht. "Da Raus Argumente zu schwach sind, muss er jetzt Druck ausüben", erklärte Zeller. Er hält dies gerade im Beamtenbereich für völlig unverhältnismäßig, zumal die Mitarbeit und das Mitdenken der Pädagogen dringend gebraucht würden.

Dabei geht es etwa um einen Fall bei der Ravensburger Podiumsdiskussion vom 5. Februar 2009 zum Thema "Schule neu denken - bessere Bildung für alle".

Veranstalter war die lokale Agenda 21-Gruppe. Im Vorfeld wurde über dienstliche Kanäle versucht, Bernd Dieng, Fachleiter des Grund- und Hauptschulseminars Meckenbeuren, einzuschüchtern. Er sollte sich mit kritischen Äußerungen zurückzuhalten. Dieng amtiert als stellvertretender Vorsitzender des Vereins "Länger gemeinsam lernen", der die oberschwäbischen Hauptschulrektoren in ihrer Kritik am baden-württembergischen Schulsystem unterstützt.

Das sei aber nur ein Beispiel in diesem System der Einschüchterung, das für eine demokratische Partei wie die CDU überaus peinlich sein sollte. Es sei nicht zu fassen, erklärt Zeller: Vertreter des Kultusministeriums schrieben in öffentlichen Veranstaltungen akribisch mit, wenn sich ihre eigenen Beamten kritisch äußerten. Offenkundig sollten diese Mitschriften später gegen die Pädagogen verwendet werden. "Ein solches Vorgehen wäre Ausdruck eines Spitzelunwesens", sagte Zeller dazu. Wer sich tatsächlich offen über die Probleme unseres Bildungssystems austauschen wolle, habe solche Methoden nicht nötig. Auch Zeitungsberichte über Pädagogen, die das längere gemeinsame Lernen befürworteten, würden inzwischen ausgewertet, um die Lehrkräfte bei der Schulverwaltung vorzuladen und einzuschüchtern.

Zeller betont, dass auch Beamte ein Recht darauf hätten, sich an Diskussionen über ihre eigenen Arbeits-

→→→

bereiche beteiligen zu dürfen. "Wollen wir mutwillig auf die Mitarbeit der Experten verzichten, nur weil die CDU das Ende des dreigliedrigen Schulsystems befürchtet?", fragt Zeller. In unserer Demokratie müsse es auch für Beamte selbstverständlich sein, sich ohne Angst vor Sanktionen an Diskussionen beteiligen zu dürfen.

"Hier zeigt sich besonders, wohin es führt, wenn eine Partei ihre Politik nicht an der Realität ausrichtet, sondern allein an ihrer Ideologie", sagte er. Die ohnehin schon schwierige und belastete Diskussion um die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg werde durch dieses Vorgehen deutlich erschwert - zu Lasten unserer Kinder.

Peter, Pressesprecher

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart ■

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Alb-Donau
St. Ida-Straße 11, 89171 Illerkirchberg

60 plus SPD

Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Seniorinnen + Senioren
Tel.: 07346 / 56 55
Fax: 07346 / 92 16 88
hfeiler@gmx.de

Protokoll

Treff vom 18. Febr. 2009 in Blaustein bei Marianne - AWO

Einladung

zum nächsten Treff am 15. April 2009 wieder in Blaustein, AWO
Beginn : 15.00 Uhr

Unter gewohnt zufriedenstellender Beteiligung fand unser erstes Treffen im neuen Jahr statt. Im Rückblick sprach Horst kurz vom Neujahrsempfang in Bad Cannstatt, der erneut ein regelrechtes Event war, auch wenn unsere Landesvorsitzende, Frau Dr.Konstanze Wegner durch einen Beinbruch ausfiel. Ein regelrechtes Highlight war die Neujahrsrede unseres OB Ivo Gönner.
Eine weitere große Überraschung : der spontane Besuch unserer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis, die uns trotz ihrer raren Zeit ausführlich Rede und Antwort stand und zusagte, bei nächster Gelegenheit mit uns über die Gesundheitsreform zu diskutieren.
Am Montag, dem 02. Febr. 2009 hatte unsere Hilde zu einer Podiumsdiskussion über „hausarztkonzentrierte Versorgung " in den Kornhauskeller eingeladen. Grund genug, über diese hervorragend besuchte Veranstaltung detailliert zu sprechen . Selbst eingefleischte CDU – Hausärzte sprachen sich lobend über unsere Hilde aus .
Natürlich kam auch der Parteitag in Singen und der hervorragende 5 Platz unserer Kandidatin auf der Landesliste mit Glückwünschen zur Sprache.
Unser zweiter Vorsitzender, Emil Lehle, hielt einen ergreifenden Vortrag über das Leben und Arbeiten unseres SPD-Vorbildes August Bebel .
Für Ende Mai haben wir unseren Besuch des Klosters Brandenburg vorgeplant und hoffen, den Termin für Ende Mai bestätigt zu bekommen .

89171 Illerkirchberg, den 20.02.2009 / fe KASSE : € 9,00

SPD Ehingen

Gemeinderatsfraktion
Der Vorsitzende
Georg Mangold, Landgarbweg 13
89584 Ehingen ☎ 07391-53905
e-Mail: Georg-Mangold@t-online.de

Ehingen, 04.03.2009

Herrn
Oberbürgermeister
Johann Krieger

Rathaus

Der Gemeinderat hat am 20.12.2007 die förmliche Teilaufhebung des Sanierungsgebietes (SG) Stadterneuerung II per Satzung beschlossen. Der Bewilligungszeitraum für das SG II war damals schon fast 2 Jahre zuvor abgelaufen.

Dabei wurde die rechtskräftige Sanierungssatzung "Stadterneuerung II" für folgende Grundstücksflächen aufgehoben:

- Flst 436/2 - Lindenstraße 16
- Flst 443 - Lindenstraße 18
- Flst 445 - Hauptstraße (Weg).

In der gleichen Sitzung wurde das Sanierungsgebiet III "Untere Stadt" mit der 2. Änderung um die gleichen Grundstücke erweitert.

Im Folgenden erlaube ich mir, aus dem Sitzungsprotokoll zu zitieren:

Ursache dieser Änderungen war (Vortrag Frau Zeller)

a) Der Bewilligungszeitraum für das Sanierungsgebiet II ist am 31.12.2005 abgelaufen, die bewilligten Fördermittel in Höhe von 4,6 Mio Euro sind vollständig abgerufen.

b) Wie bekannt, ist aktuell (Anmerkung Mg: "ist seit vielen Jahren") für das ehemalige Preisfux-Areal an der Ecke Sternplatz / Lindenstraße eine Neuordnung geplant. Dieses Areal befindet (befand) sich ebenfalls im Sanierungsgebiet II. Durch den geplanten Abbruch und Neubau wird es möglich, dass ein seit neun Jahren brachliegendes Gewerbeareal neu belebt wird, die Nahversorgung der Bevölkerung in der Innenstadt gesichert wird und eine städtebaulich sinnvolle Ergänzung zum angrenzenden Sternplatz erfolgt.

c) Eine Finanzierung/Förderung der Abbruchkosten für diese stadtbauliche Neuordnung ist im Zuge der Durchführung der Sanierung "Stadterneuerung II" nicht mehr möglich.

d) Ein Aufstockungsantrag für das SG III (von 4,25 Mio Euro auf 8,8 Mio Euro) wird gestellt. Das RP hat mündlich eine Bewilligung des Antrages in Aussicht gestellt, die Höhe war damals noch nicht bekannt.

(Anmerkung Mg: Wäre interessant zu wissen, wie hoch die Aufstockung nun tatsächlich ist, erbitte Info an den GR.)

Außerhalb des Gemeinderates wurde in der Öffentlichkeit in verschiedenen Zeitungsartikeln folgendes Szenario bekannt gegeben, z. T. als direkte Zitate vom Investor.

Die Firma Act. Imob. wolle an der Ecke Lindenstraße / Sternplatz ein dreigeschossiges Gebäude erstellen, in dem der Discounter Plus (innerstädtischer Nahversorger), ein Frische-Center mit einem Bäcker u. evtl. einem Metzger und andere Gewerbetreibende genauso Platz finden sollten, wie verschiedene Wohnungen. Wie weit diese Pläne schon als Planvorlagen bei der Stadt lagen, ist leider nur dem Bauamt bekannt. Auch die Frage, ob schon Genehmigungen erteilt wurden, kann nur die Verwaltung selbst beantworten.

All diese Voraussetzungen haben mich und andere Gemeinderäte dazu veranlasst, den obigen Änderungen innerhalb der Sanierungsgebiete zuzustimmen. Bei diesen Änderungen ging es doch ausschließlich um die

→→→

"Anzapfung" öffentlicher Gelder. Diese Inanspruchnahme von Steuergeldern war für uns damals noch zulässig, weil für die Bewohner der Innenstadt ein Fortschritt erreicht worden wäre.

Diese Grundlage der Vermarktung der betroffenen Flurstücke hat sich nun grundlegend geändert. Dies muss von uns nicht näher ausgeführt werden, denn es wurde von den Betroffenen selbst ausführlich in der Presse dargestellt.

Es muss nun ernsthaft die Frage erlaubt sein, ob für das total veränderte Projekt noch öffentliche Gelder notwendig sind.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag;

Die Verwaltung möge prüfen, ob der zweite Beschluss vom 20.12.2007 rückgängig gemacht werden kann?

Begründung:

Die "Geschäftsgrundlage" (die Voraussetzungen für unsere Zustimmung, nämlich Verbesserung der Infrastruktur der Innenstadtbewohner) ist nach dem inzwischen bekannt gewordenen derzeitigen Konzept nicht mehr gegeben. Dieses neue Konzept muss unserer Meinung nach nicht durch Steuergelder subventioniert werden.

Außerdem stehen dann mehr Finanzmittel für das Sanierungsgebiet III "Untere Stadt" zur Verfügung.

Wir bitten, diese Prüfung schnell durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Georg Mangold
Fraktionsvorsitzender

■

Ausgabe 75 – 23.02. 2009

„Der Rote Seehas"

Glückwunsch!

Der Rote Seehas erscheint zum 75. Mal.

Er guckt auch über den Tellerrand hinaus und berichtet über die Nachbarn in der Schweiz und in Österreich.

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

"Das Schweizer Stimmvolk hat heute den Weg der Vernunft gewählt und liess sich nicht vor den Wagen der Isolationisten spannen", zeigt sich SP-Präsident

Aus dem Inhalt

- Erster Bürgerpräsident – Konjunkturpaket II 2-4
- 1. Rede einer Frau in Parlament - Mittel aus Paket für jede Kommune - Europawahl im Blick –

■■■ Fortsetzung von Seite 15 — **August Bebel**

Adolf Kolping, ein ehemaliger Schuhmacher, als Priester gegründet hatte.

Kolpings-Vereinshäuser erfreuten sich bei den Handwerksburschen großer Beliebtheit, weil hier unter Aufsicht fröhliche Geselligkeit und Bildungsmöglichkeiten vorhanden waren.

So nahm auch der Protestant Bebel an Prozessionen teil, die zu Ehren des hl. Josef, Schutzpatron der Handwerker, veranstaltet wurden.

Weiter führte der Wanderweg durch den Schwarzwald, zum Bodensee, die Alpen entlang nach München und Salzburg, wo er wieder den erlernten Beruf ausüben konnte.

1860 wanderte der jetzt 20-jährige A.B. über München, Würzburg nach Wetzlar zurück, fand aber keine seinen Wünschen entsprechende Tätigkeit. Nach einem kurzen Aufenthalt zog er durch den Thüringer Wald nach Sachsen. Im Mai 1860 traf A.B. in Leipzig ein und fand auch gleich Arbeit.

Dieser Zufall sollte für ihn von weitgehender Bedeutung sein.

In Leipzig konnte Bebel schnell neue politische, handwerkliche und persönliche Eindrücke sammeln. 1864 wurde er selbständiger Meister und richtete sich eine eigene Werkstatt ein.

B. entwickelte sich trotz der harten beruflichen Tätigkeit zu einem der eifrigsten aktiven Mitglieder des *(sozialdemokratischen; - Red.)* Vereins und nutzte die hier gebotenen Bildungsmöglichkeiten.

Als Vertreter der Sächsischen Volkspartei wurde Bebel in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt.

Da Abgeordnete damals keine Diäten bekamen, konnte er seinen Beruf als Drechsler nicht vernachlässigen. In einem alten Pferdestall hatte er sich eine Werkstatt eingerichtet. Im Frühjahr1866 heiratete er. Seine Frau Julie ermöglichte es ihm, sein Leben rückhaltlos der Politik und dem Beruf zu widmen.

Die Tätigkeit im Reichstag

Unter Bebels Führung konnte die deutsche Arbeiterbewegung auf beachtliche Erfolge hinweisen. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich, die Gewerkschaften entwickelten sich zu einer Massenorganisation. In den Gemeinden errangen die Sozialdemokraten immer mehr Sitze. **(Kommentar von Emil Lehle: "Waren das noch Zeiten!").**

Für Bebel war der Reichstag etwas wirklich Großbedeutsames. Der Reichstag war das Hohe Haus, das er nur in Feiertagskleidung betrat. Vor allem nahm er regelmäßig an den Sitzungen teil und bereitete seine Reden besonders sorgfältig vor. Er verstand es wie kein anderer, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Bebel war sich auch dessen bewusst, dass sich seine Partei trotz ihrer Stärke im Reichstag gesellschaftlich nach wie vor in einer Ausnahmestellung befand.

Das drückte Kaiser Wilhelm II so aus, als er die Sozialdemokraten eine Rotte von Menschen, nicht wert den Namen "Deutsch" zu tragen, schimpfte.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg sprach 1912 während einer Sitzungspause August Bebel persönlich an und erkundigte sich nach dessen Befinden. Nachdenklich sagte Bebel zu einem Bekannten: "Ich gehöre diesem Haus seit 1868 über 40 Jahre an. Dies war das erste Mal, dass ein Mitglied der Regierung außerhalb der Verhandlungen ein Wort an mich richtete".

Bebel trat jedes Mal in den Vordergrund, wenn er glaubte, irgendwo ein Unrecht feststellen zu müssen. Er wandte sich 1900 gegen die Entsendung des Ostasienkorps nach China und betonte, dass dieser Krieg kein heiliger Krieg sei. Er brandmarkte außerdem die brutalen Methoden, mit denen der Herero-Aufstand *(deutsche Kolonie in Afrika; Red.)* niedergeschlagen wurde. Eine solche Kriegsführung kann jeder Metzgerknecht treiben. Dazu braucht man nicht General oder Offizier zu sein. (Kostprobe aus der "Hunnenrede")

August Bebel war ein begabter Redner, der seine

→→→

Meinung als Reichstagsabgeordneter offen darlegte. Mehr als 40 Jahre nimmt er diese Tätigkeit wahr. Er verbringt wegen aufsässiger Äußerungen - auch Majestätsbeleidigung genannt - insgesamt 54 Monate in Haft. Während der Gefangenschaft studiert er Nationalökonomie und Geschichte und liest Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. Auch nutzt er die Zeit, um Abhandlungen wie Christentum und Sozialismus zu verfassen. Bebels größter literarischer Erfolg wurde das umfassende Werk:

"Die Frau und der Sozialismus"

Schon zu Lebzeiten Bebels erschienen 52 Auflagen. 200 000 Exemplar erschienen in fünf Weltsprachen. In diesem Werk erhob Bebel die Forderung, die Frau am politischen und beruflichen Leben gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.

Aus der Fülle des Inhalts dieses Buches sei angedeutet: Medizin, Naturwissenschaft, Justiz, Geschichte, Landwirtschaft und vieles mehr.

Bebels Schriften und Darstellungen zeugten von Sachkenntnis und intensivem Studium des Themas.

Die letzten Lebensjahre

Bebel behielt bis ans Lebensende seine geistige Frische, aber es fehlte ihm die frühere Kraft.

Bebels angegriffene Gesundheit zehrte an seinem Lebenswillen. Dazu trat seit 1910 ein schweres Herzleiden.

Auch persönlicher Kummer blieb ihm nicht erspart. Sein Schwiegersohn, ein Arzt, infizierte sich und starb. Seiner Tochter Frieda einziges Kind musste wegen schwerer seelischer Depressionen ein Sanatorium aufsuchen. Frau Julie ging 1910 ihrem Mann in den Tod voraus.

Zu seiner persönlichen Erholung hielt sich Bebel immer wieder in der Schweiz auf. Er hatte sich ein Häuschen am Zürichsee gekauft. Er liebte dieses Land, das nicht nur ihm, das so vielen Genossen in der Bismarckzeit Zuflucht geboten hatte.

In der Nacht vom 12. auf 13. August 1913 starb August Bebel. Er wurde in Zürich, seiner zweiten Heimat, unter großer Anteilnahme der Bevölkerung bestattet. Arbeiterdelegationen aus vielen Ländern hatten sich bei der Beerdigung eingefunden.

89171 Illerkirchberg, den 02.03.2009 - fe ■

Der Ortsverein der SPD Ehingen ist dabei, Parteigeschichte zu schreiben und lädt dazu feierlich ein

Von unserem Sonderkorrespondenten U. K. aus Ö.

Georg Mangold (SPD) und Peter Groß (CDU) vereinbarten neulich beim trauten Bier, ein Versuchsprojekt zu starten. Die Fraktion der SPD soll geschlossen als Arbeitsgruppe in die CDU-Fraktion eintreten, um dort ihre Vorstellungen direkter zum Tragen zu bringen.

Wie es in vergangen Jahren schon häufiger geschah, übernahm die Mehrheitsfraktion der CDU eh Vorschläge der SPD und gab sie zuweilen gerne als ihre eigenen aus, z. B. Kreisverkehr, Ganztagesschule usw.

Die endgültige Aufnahme der SPD-Arbeitsgruppe wird in einer Sondersitzung am 1. 4. 2009 erfolgen. Sie findet im Gasthaus zum Hirsch, Marktplatz, großes Nebenzimmer, ab 17.30 Uhr statt. Die Öffentlichkeit ist herzlich dazu eingeladen. Freibier, Schwarzwurst und roter Schwartenmagen sind zugesagt.

Da die CDU zunehmend unter Ideenarmut zu leiden scheint, dürfte deren Zustimmung eigentlich nichts im Wege stehen. Der Ehinger Vorgang hat Modellcharakter für den Bund. Peter Struck von der SPD und Volker Kauder von der CDU teilten unserer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis ähnliche Überlegungen mit. Sie versprach, der großen Koalition helfend zur Seite zu springen und den entsprechenden Versuch in Ehingen wohlwollend zu begleiten. Beim Erfolg des Ehinger Experiments könnten eventuell Weichen für die nächste Große Koalition nach der Wahl im Herbst gestellt werden, für aufrechte SPDler freilich eine bisher noch eher befremdliche Vorstellung. ■

Ein bisschen Werbung,
die aber nichts einbringen wird

DDR-Reise-Tagebuch

Klärle und Ludwig Dorner

Im Sommer 1985 verbrachten wir als dreiköpfige Familie unseren Sommerurlaub in der DDR. Wir waren darauf gekommen, weil mir als Lehrer im Unterricht einige Monate davor mal wieder bewusst geworden war, dass ich meine Schüler/-innen über ein geografisch so nahes und doch (mental) so ungeheuer fernes Land informieren sollte, ohne selbst genug darüber zu wissen.

Bis auf das, was uns nämlich bis dahin Information oder teils wohl auch Desinformation im Rahmen des Kalten Krieges glauben machen sollten, hatten wir wenig Ahnung, wie es "drüben" aussah, wie und wovon die Menschen dort lebten. Nord-, süd- und westeuropäische Länder hatten wir längst bereist, doch das, was uns räumlich so nahe lag, war bis dahin völlig außerhalb unseres Fokus gelegen.

Wir haben eine liebe Schwiegertochter, die in der DDR aufgewachsen ist. Daher kamen wir immer wieder auf unseren damaligen Urlaub zu sprechen. Um Weihnachten 2008 holten wir das Reisetagebuch anlässlich eines Besuchs wieder einmal hervor. Daraus erwuchs der Gedanke, dieses abzuschreiben, zu kommentieren und mit vielen nützlichen Informationen zu ergänzen. Wir fanden beim Durchlesen, nachdem es Jahre unbeachtet im Regal gestanden hatte, dass es für uns und hoffentlich für die meisten unserer Adressaten eine durchaus interessante und im Jahre 20 nach dem Mauerfall auch nochmals durchaus aktuelle Lektüre ist.

Wir schrieben 1985 kein Tagebuch im vielleicht üblichen Sinne ("gestern dieses besichtigt, heute jenes gegessen"), sondern wir betrachteten das uns so nahe und doch so völlig ferne Land mit offenen Augen - voller Erwartungen und Vorstellungen, richtigen und falschen.

Unser Tagebuch enthält u. a. folgende Inhalte:

- **Vorwort**
- **Tagebuch**
  Unser "DDR-Reisetagebuch" ist die Abschrift des Originaltagebuchs, erweitert um Ergänzungen und Begriffserklärungen.
- **Anhang 1**
  Hier mischen sich weitere eigene Erinnerungen aus dem Urlaub und aus nachfolgenden Besuchen bei unseren neugewonnenen Freunden in der DDR.
- **Anhang 2**
  Hier folgen Erfahrungen und Kommentare aus unserer Leserschaft, angeregt und uns schriftlich mitgeteilt nach Erhalt der anfänglichen Versionen unseres Tagebuchs.
- **Orts-, Personen- und Sachregister**
  Es soll beim Aufsuchen helfen, aber auch einfach neugierig machen.

Außerdem ist das jetzt erschienene DDR-Reisetagebuch (152 Seiten) reich bebildert mit Aufnahmen, die das zeigen, was uns als DDR-typisch besonders auffiel.

Wir laden alle Leserinnen und Leser des Roten Füchsles hiermit freundlich ein, sich unser DDR-Reisetagebuch zumailen zu lassen (PDF-Format) - wenn nicht schon geschehen. Das ist selbstverständlich kostenlos und verpflichtet zu gar nichts.

Bei Interesse E-Mail bitte an

rotes.fuechsle@t-online.de

■

IN EUROPÄISCHEN ZEITUNGEN GELESEN

Quelle: eurotopics@bpb.de

Italien will zurück zur Atomkraft

Mehr als 20 Jahre nach dem Atomausstieg will Italien mit Hilfe Frankreichs neue Kernkraftwerke bauen. In Rom unterzeichneten Ministerpräsident Silvio Berlusconi und der französische Staatschef Nicolas Sarkozy ein entsprechendes Abkommen.

Spätestens 2020 soll das erste neue Atomkraftwerk am Netz sein.

+++ La Repubblica - Italien. Die linksliberale Tageszeitung La Repubblica meint, die Rückkehr Italiens zur Atomkraft sei von wirtschaftlichen Interessen getrieben, aber wenig sinnvoll: "Es ist sonnenklar, warum Frankreich Kernkraftwerke in Italien bauen will. Der Auftrag ist für den französischen Energiekonzern Areva extrem Appetit anregend, zumal er ... nach der Scheidung von seinem einstigen treuen deutschen Partner Siemens seine Schäfchen ins Trockene bringen will. ... Es ist nicht ganz so klar, warum das ausgerechnet in Italien passieren soll. Hieb- und stichfest ist das Argument für Unabhängigkeit in der Stromversorgung, ... wackelig dagegen das [Argument], beim technologischen Fortschritt mithalten zu können. Die Technologie der Kernkraftwerke der dritten Generation ist nach Meinung aller Experten eine Übergangslösung. [Schon im Jahr] 2030 sollen die Atomkraftwerke der vierten Generation realisierbar sein, die keinen Atommüll produzieren. Ist es sinnvoll, Kernkraftwerke zu bauen, die spätestens fünf Jahre nach ihrer Fertigstellung (2025, wenn alles glatt läuft) schon veraltet sind?" (25.02.2009) +++ http://www.repubblica.it/

+++ Berliner Zeitung - Deutschland. Die Berliner Zeitung bedauert Italiens Wiedereinstieg in die Kernkraft und meint, dass die Atomlobby den Ausbau von erneuerbaren Energien verhindert: "Sie [die Energiekonzerne] fürchten die neuen Techniken, weil diese aus ihrer Sicht einen entscheidenden Makel haben: Sie stellen ihr Monopol in Frage. Wind- und Sonnenenergie werden am wirtschaftlichsten dezentral erzeugt - von kommunalen oder individuellen Betreibern. Noch können die Atomkraftlobbyisten argumentieren, dass Kernkraftwerke für die Grundlast unverzichtbar seien, weil Wind nicht ständig weht und die Sonne nur tagsüber scheint. Doch sobald das Speicherproblem gelöst ist, werden Wind und Sonne das werden, was die Großindustrie fürchtet: die Energie des kleinen Mannes. ...

Italien ist schlecht beraten, seine energiepolitische Zukunft der französischen Atomindustrie anzuvertrauen. Es wird das Land viel Geld kosten, das ihm später fehlt - beim Ausbau neuer Energien." (25.02.2009) +++ http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung

+++ La Vanguardia - Spanien. Nachdem Italien beschlossen hat, mit Hilfe Frankreichs neue Kernkraftwerke zu bauen, sieht die Tageszeitung La Vanguardia auch die spanische Regierung im Zugzwang: "Der Fall Italien und der Fall Schweden, das 30 Jahre nach einem Referendum [für den Atomausstieg] ebenso wieder auf Atomkraftwerke setzt, bringt [den spanischen Regierungschef José Luis Rodríguez] Zapatero unter Druck, seine radikale Ablehnung der Kernenergie zu überdenken. Unabhängig von eher irrationalen Vorlieben und Phobien muss ein modernes Land eine gewisse Ausgewogenheit zwischen den drei Fronten finden, die heute die energetische Zukunftsfähigkeit bestimmen: der Kampf gegen den Klimawechsel, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und die Sicherheit der Energieversorgung."

(25.02.2009) +++ ■

Herzlich willkommen

Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff

öffentliche Mitgliederversammlung

7.	**Schwert Ehingen**
April	**19.00 Vorstands-sitzung:** Kommunalwahlliste **20.00 Uhr**

Die SPD im Gespräch mit den Gewerkschaften: DGB-Regionsvorsitzender Wolfgang Klook

- Aktuelle Viertelstunde
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
05. Mai 2009
Gaststätte Schwert

Jahreshauptversammlung

24.	**Schwert Ehingen**
April	**19.00 Uhr**

Vorgeschlagene Tagesordnung

Begrüßung
Beschluss der Tagesordnung
Totengedenken
(Grußworte)

Wahl einer Versammlungsleitung
Wahl einer Wahlkommission

Rechenschaftsberichte
- 1. Vorsitzende
- Fraktionsvorsitzender Gemeinderat
- stellv. Fraktionsvorsitzende Kreistag
- Kassier
- Kassenrevisoren (Bericht)
- AG Jusos
- Redaktion Rotes Füchsle
  - *(Tätigkeitsnachweis liegt allmonatlich vor)*

Aussprache und Entlastungen
Neuwahlen
- 1. Vorsitzende/r
- stv. Vorsitzende/r
- Schriftführer/-in
- Kassierer/-in
- 2 Kassenrevisoren/-innen
- 7 Beisitzer/-innen
- Redaktion Rotes Füchsle
- Kreisdelegierte

Ehrungen (u.a. für 50 und 40 Jahre)
Anträge und Verschiedenes

Terminhinweis

Hilde Mattheis MdB lädt ein:

Montag, 30. März (!), 19.30 Uhr
Von-Speth-Schülzburgstraße 19
Gasthaus Zum Adler, Granheim
"**Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum (Dorfsanierung)**"

Referent: Alfred Winkler MdL (Rheinfelden), Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Agrarpolitischer Sprecher für die Bereiche Tierschutz, Weinbau und Forstwirtschaft in der SPD-Fraktion.

Näheres siehe www.hilde-mattheis.de

Terminhinweis

Freitag, 8. Mai, Gasthaus Schwert,
Am Viehmarkt 9, 89584 Ehingen
Kreisjahreshauptversammlung

's Rote Füchsle (auch?) per E-Mail: Rotes.Fuechsle@t-online.de
Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Füchsle genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.